

Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Bensch, Vorsdorf, Eich, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfeinsberg, Künze, Köhre, Lindhardt, Pomßen, Stauditz, Throna usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Er erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nach 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, 1/2 jährlich Mk. 9.—, durch die Post bezogen einschli. der Postgebühren Mk. 9.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezogener keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6-spaltige Korpuszeile 60 Pfg., auswärts 75 Pfg. 4-spaltige Zeile Mk. 1.20. 2-spaltige Zeile Mk. 1.20. Beleggebühren pro Bandert Mk. 2.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, frühere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Anträge entgegen. — Bestellungen werden von den Anzeigern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Genruß: Ami Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Gung & Co., Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 62

Freitag, den 27. Mai 1921

32. Jahrgang

Amtliches.

Verteilung von amerikanischem Weizenmehl.

In der Zeit vom 26.—28. Mai (Juni) der vom 9. Mai bis 5. Juni 1921 werden auf Abchnitt 3, Juni 1921 geltenden Brotkarte

350 g amerikanisches Weizenmehl zum Preise von 2,66 Mk. ausgegeben.
Grimma, 23. Mai 1921.

Getr.
Der Westfälische Kommunalverband für den Bezirksverband Grimma.

Die Geschäftszeit der Amtshauptmannschaft einschließlich der Geschäftsstellen des Bezirksverbandes im Schützenhause und Langestraße 60, des Bezirksarbeits-Nachweises, Ecke Hohndorfstraße-Markt, des Bezirksamtes für Arbeiterfürsorge und des Vereins Heimbank Grimma-Band, Nikolaistraße 10, wird vom 30. Mai 1921 ab bis auf weiteres an den **Montagen bis Freitagen** auf die Zeit von vorm. 7 bis 1/2 1 und nachm. 2—5, an den **Sonnabenden von 7—1/2 1 Uhr** festgelegt. Der Verkehr mit dem Publikum wird im Interesse ordnungsmäßiger und pünktlicher Erledigung der laufenden Dienstgeschäfte auf die **Vormittagsstunden** beschränkt. Nachmittags können nur ganz besonders dringliche Sachen ausnahmsweise erledigt werden.
Grimma, 25. Mai 1921. 154 Dir.
Die Amtshauptmannschaft.

Es ist wahrzunehmen gewesen, daß die **Blutlaus** in diesem Jahre stark verbreitet ist. Die Besitzer von Obstbäumen werden deshalb aufgefordert, ihre Bäume an Obstbäumen sofort gründlich auf das Vorhandensein der Blutlaus zu untersuchen. Wo sich Blutlaus zeigt, ist ihre sofortige Vertilgung unter Anwendung der bekannten Mittel vorzunehmen. Säumigkeiten in dieser Beziehung werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft, die notwendigen Arbeiten aber überdies nach Befinden auf Kosten der Säumigen ausgeführt.
Naunhof, am 25. Mai 1921. Der Bürgermeister.

Allgemeine Ortskrankenkasse Grimma-Land.

Die Wahlzeit der beiden Körperschaften läuft in diesem Jahre ab. Es sind deshalb Neuwahlen vorzunehmen. Die Wahl des Ausschusses findet

Sonntag, den 10. Juli 1921
von vorm. 10 bis nachm. 2 Uhr

- Wahlstellen sind
1. der Gasthof „Goldener Löwe“ zu Grimma, für den ehemaligen Bezirk der Zahlstelle Grimma.
 2. der „Ratskeller“ zu Naunhof, für den ehemaligen Bezirk der Zahlstelle Naunhof.
 3. der Gasthof „Wettiner Hof“ zu Colditz, für den ehemaligen Bezirk der Zahlstelle Colditz.

Zu wählen sind
10 Vertreter der Arbeitgeber und 20 Erfahrmänner, sowie 20 Vertreter der Versicherten und 40 Erfahrmänner. Die Stimmabgabe ist an die eingereichten Wahllocher gebunden. Die Wahlzeit dauert 4 Jahre.

Die Wahllocher (Stempelkasten) liegen in der Geschäftsstelle der Kasse in Grimma, Kreuzstraße 11 aus. Einsprüche dagegen sind bei Vermeldung des Ausschusses spätestens zwei Wochen vor dem Wahltag — d. i. der 25. Juni 1921 — unter Vorlegung von Beweismitteln bei dem unterzeichneten Vorstand einzulegen.

Beteiligt sind solche Arbeitgeber, die für ihre versicherungspflichtig Beschäftigten Beiträge an die Kasse zu zahlen haben. Arbeitgeber, die selbst versichert sind, zählen zu den Arbeitgebern, wenn sie regelmäßig mehr als zwei Versicherungspflichtige beschäftigen; andernfalls zu den Versicherten.

Wählbar als Vertreter der Versicherten ist nur, wer bei der Kasse versichert ist.

Weber wählbar noch wahlberechtigt sind die Arbeitgeber unabhängig Beschäftigter als solche und Arbeitgeber, die mit der Zahlung der Beiträge länger als 2 Monate im Rückstande sind, sowie Versicherungspflichtige, die Mitglieder einer Erfahrkasse sind, und deren eigene Rechte und Pflichten auf ihren Antrag ruhen.

Wählbar sind, abgesehen von den vorstehenden Bestimmungen, nur volljährige Deutsche. Volljährig ist, wer das 21. Lebensjahr vollendet hat.

Nicht wählbar ist,
1. wer infolge strafgerichtlicher Verurteilung die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter verloren hat oder

wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das den Verlust dieser Fähigkeit zur Folge haben kann, verfolgt wird, falls gegen ihn das Hauptverfahren eröffnet ist.
2. wer infolge gerichtlicher Anordnung in der Verlegung über sein Vermögen beschränkt ist.
Die Stimmerechtlung jedes Wählers kann bei der Wahlhandlung geprüft werden. Es empfiehlt sich deshalb, die jedem Wahlberechtigten zugehende Wahlkarte oder einen sonstigen Ausweis mitzubringen.
Die Stimmzettel sollen von weißer Farbe sein.
Die Wahlvorschlüge sind gesondert für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten aufzustellen und dem Vorstande bis spätestens zum 11. Juni d. S. einzureichen. Jeder Wahlvorschlüg darf höchstens fünf Bewerber benennen, als Ausschlußmitglieder und Erfahrmänner zu wählen sind. Die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufender Nummer aufzuführen, welche die Reihenfolge ihrer Benennung ausdrückt, und nach Familien- und Vor- (Nul-)namen, Beruf und Wohnort zu bezeichnen. Außerdem ist bei den Wahlvorschlügen für die Versichertenvertreter der Arbeitgeber, bei dem sie beschäftigt sind, anzugeben und von jedem Bewerber eine Erklärung darüber vorzulegen, daß er zur Annahme der Wahl bereit ist.

Die Wahlvorschlüge müssen von mindestens je 10 Wahlberechtigten der betreffenden Gruppe mit zusammen mindestens 30 Stimmen unterzeichnet sein. Unterzeichnet ein Wähler mehr als einen Wahlvorschlüg, so wird sein Name nur auf dem zuerst eingereichten Wahlvorschlüg gezählt und auf den übrigen Wahlvorschlügen gestrichen.
In jedem Wahlvorschlüg ist ein Vertreter des Wahlvorschlüges und ein Stellvertreter für ihn aus der Mitte der Unterzeichner zu bezeichnen. Ist dies unterbleiben, so gilt der erste Unterzeichner als Vertreter des Wahlvorschlüges und, soweit eine Reihenfolge erkennbar ist, der zweite als sein Stellvertreter. Der Wahlvorschlügvertreter ist berechtigt und verpflichtet, dem Vorstande die zur Befestigung etwaiger Anträge erforderlichen Erklärungen abzugeben.
Die Wahlvorschlüge können nach Zulassung bei unserer Geschäftsstelle in Grimma, Kreuzstr. 11, zu den gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.
Naunhof, am 24. Mai 1921. Der Vorstand.

Freitag, den 27. Mai 1921, Mittag 12 Uhr
sollen im Gasthaus „Stadt Leipzig“ in Naunhof als Versteigerungsort
mehrere gute Möbel und 1 Teppich
gegen Vorzahlung meistbietend versteigert werden.
Grimma, den 25. Mai 1921. Q 170/21
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Waldgrasanktion auf Lindhardt Forstrevier.

Es soll am **Freitag, den 3. Juni cr. von vorm. 10 Uhr ab in der Wähe Lindhardt bei Naunhof** das im Revier ansehende Waldgras (Veiserling) meistbietend verkauft werden.
Fürstl. Forstrevierverwaltung Lindhardt bei Naunhof.
Fürstl. Rentamt Pomßen.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Zur Befehung des Wiederaufbauminstertums sind Verhandlungen mit Dr. Walter Rathenau eingeleitet worden.
- * Der Reichspräsident hat eine Verordnung erlassen, nach der die Anwerbung von Freikorps für Oberschlesien streng bestraft wird.
- * Die französische Regierung hat in Sachen Oberschlesien der englischen Regierung zwei und dem deutschen Reichsminister in Paris Dr. Rader eine Note überreichen lassen.
- * Nach Mitteilungen von englischer Seite sollen die Städte Düsseldorf, Duisburg und Aachen voraussichtlich am 6. Juni geräumt werden.
- * Zum portugiesischen Ministerpräsidenten wurde Augusto Soares ernannt. Im Lande herrscht Ruhe.
- * Wie verlautet, wird sich der Prinzregent von Serbien mit einer Tochter des Königs von England verloben.

Rampspause.

Die kurzen Pfingstferien, die unsere Parlamente sich gegönnt haben, bedeuten keinen Stillstand der inner- oder gar der außerpolitischen Arbeit. Schon das angenommene Ultimatum sorgt dafür, daß in den Ämtern und Behörden mit Anstrengung aller Kräfte gearbeitet werden muß, denn fast jeder Tag, den Gott werden läßt, bringt zugleich den Ablauf trendeiner der zahllosen Krieken, die man uns für

die Erfüllung angeblicher Vertragsverpflichtungen gestellt hat. Nach dem Auswärtigen Amt sind noch das Reichsfinanz- und das Wiederaufbauminstertum neu zu besetzen, und die Sorge um Oberschlesien wird wohl, wie man annehmen möchte, unsere Verantwortlichen auch keine Nacht ruhig schlafen lassen. Die Wähler und Staatsbürger draußen im Lande aber haben, so lange Reichs- und Landtag schweigen, Zeit und Ruhe, über die Ereignisse der letzten Wochen nachzudenken und zu überlegen, was weiter werden soll.

Für sie stehen alle die ungeheuren Fragen der Gegenwart in der einen Frage zusammen, ob es bei der Zusammensetzung der neuen, aus der Rot geborenen Regierung bleiben oder ob sie, nach rechts oder nach links hin, erweitert werden soll. Es ist kein Geheimnis, daß von den drei Parteien, die unter der Führung des Herrn Dr. Brüch sich zur Ausführung des Ultimatums zusammengedankt haben, die Demokraten am unglücklichsten bei der Sache sind. Kein Wunder, hat doch die Mehrheit der Fraktion mit Nein gestimmt, genau so wie die Deutsche Volkspartei, nur daß das Zahlenverhältnis hier und dort umgekehrt war. Aber hat es unter diesen Umständen einen Sinn, wenigstens einen verständigen und berechtigten Sinn, die eine Partei als regierungsunfähig zu behandeln, ja ihren Wiedereintritt in die Regierung mit stärksten Druckmitteln zu erzwingen, die andern dagegen in Acht und Bann zu tun? Die demokratischen Wähler im Reich zeigen für diese unterschiedliche Behandlung wenig Verständnis. Vereinzelt haben ihre Organisationen die Beteiligung der demokratischen Reichstagsfraktion an der neuen Regierung, an dem „Kabinett der Erfüllung“, mißbilligt; überwiegend treten sie aber für Erweiterung der Regierungsbildung nach rechts, durch Aufnahme der Deutschen Volkspartei in die neue Koalition ein. Schon um deswillen, weil dadurch die Verantwortung für das, was nun kommen wird, sich auf breitere Volksschichten verteilen würde. Dann aber auch, um zu verhindern, daß die Politik der nächsten Zukunft stärker nach sozialistischen Ansichten bestimmt wird. Die gleichen Erwägungen treten auch in den Zentrumskreisen auf. Das Zentrum hat zwar in Herrn Dr. Brüch seinen so ziemlich am weitesten links stehenden Parlamentarier als Reichsminister gestellt, und es ist ja auch tatsächlich mit Händen zu greifen, daß selbst die Unabhängigen ihm großes Maß von Vertrauen entgegenbringen. Um so mehr muß es aber darauf bedacht sein, Gegengewichte zu finden, denn es ist sich vollkommen darüber im Klaren, daß seine zu erheblichen Teilen mehr nach rechts als nach links gerichteten Anhänger ein zu starkes Eingehen auf sozialdemokratische Politik nicht gutheißen würden. So wird auch in manchen Zentrumsblättern mit allem Nachdruck der Wiederaufbau der Deutschen Volkspartei als die neue Regierungsmehrheit gefordert, deren Führer Stresemann soeben wieder, auf dem Parteitag in Baden, deutlich zu verstehen gab, daß er im Grunde mit dieser Forderung einverstanden sei. Er wußte zu berichten, daß bei den Verhandlungen, die er vor der entscheidenden Abstimmung im Reichstage über gewisse Punkte des Ultimatums mit Ententevertretern geführt hat, von diesen erklärt wurde, man lege großen Wert auf die Mitwirkung der Deutschen Volkspartei an der Regierung. Damals konnte keine Rede davon sein, daß eine reine Linksregierung im Auslande mehr Vertrauen genieße, wie von dieser oder jener Seite immer wieder behauptet wird. Die Natur der Sache läßt es ja verständlich erscheinen, daß unsere Glaubigerstaaten in der Feststellung einer Front von Stresemann bis Scheidemann die beste Gewähr für die Erfüllung der Verpflichtungen erblicken können, die sie uns zwangsweise auferlegt haben. Denn ohne die Bereitwilligkeit der Arbeiterschaft, an der Ausbringung der übernommenen Lasten nach Kräften mitzuwirken, werden wir unsere Zusage ebensowenig einlösen können, wie ohne die Mitarbeit der führenden Wirtschaftskreise, die in der Hauptsache ihre politische Vertretung in der Deutschen Volkspartei gefunden haben. Demgemäß gebieten Rücksichten der äußeren wie der inneren Politik mit gleicher Entschiedenheit, daß unsere Parteien sich verpflichten.

Herr Scheidemann ist anderer Meinung. Er fordert von Herrn Brüch die Vorlegung eines Regierungsprogramms, das nicht etwa mit der Möglichkeit wechselnder Mehrheiten im Reichstage zu rechnen habe, sondern ausschließlich auf die Anschauungen der Linksparteien zugeschnitten sein soll. Für ihn gibt es nur eine Erweiterung der augenblicklichen Regierungsbildung: den Einfluß der Unabhängigen, denen er immer noch zutrifft, daß sie für eine sozialistisch-bürgerliche Regierung einzustimmen wären. Und schlimmstenfalls bleibe das Mittel der Reichstagsauflösung. Der neue Wahlkampf würde dann die endgültige Abrechnung bringen und mit ihr die Möglichkeit einer rein sozialistischen Regierung. Herr Scheidemann hört es nicht, daß dieses sein Programm von einem Zentrumsreichstagsleiter zur Durchführung gebracht werden soll, es scheint ihm auch nicht gefährlich zu sein, daß neue Parteikämpfe entbrennen würden. Denn, so zweifelhaft ihr Ausgang auch sein würde, die eine Folge müßten sie wahrscheinlich haben, daß die Regierung für Wochen und Monate zur Aktionsunfähigkeit verurteilt und daß sie dadurch außerstande käme, das Ultimatum so rasch und so genau, wie sie es sich vorgenommen hat, zu erfüllen. Dann ständen wir bald wieder so weit wie zuvor, und die Franzosen würden frohlockend ins Ruhrgebiet einziehen. Wenn Herr Scheidemann das

0:5
S. N. II im
mühte das Spiel
einer Mannschaf
ih das Spiel
in der 2. Halb-
erleidung. De
ermutlich gal
zu Spiel besser,
sch entpuppt sich
zwei von ihm
m Ellen. Der
wieder seine alle
Dauer ist. Im
Der Tormann
bis zu Ende
einer Mannschaf
Naunhofer gleich
ne scharfe Note
kten kann. Mit
teilt das dafür

0:8
schen und leicht-
tele Werbe- und
600 Zuschauer
Anstoß wach
wols bemerkbar.
om Innensturm
wenig geschossen;
n Außenläufer
urchdränge schen-
n der 2. Halb-
Naunhof immer
indefor L. Vert
M. zum 1. Tor
Ein vom rech.
3. Bei diesem
eine kurze Zeit
daß Naunhof
das Spiel zu
schönen Tuh-
ler Aranz war

lange vereint.
erichshain 6:2
Vorsdorf 2:0
und Bezeugungs-
m Turnerhof
6:2 aus dem
orf und schlug
nerhafst Vors-
ie in Naunhof -

ng.
albe aufge-
ein großer
Angaben
ufficht da-
ück fehlen.
änke Aus-
ffizität oder
endarmierie
s. Irgend
urch nicht.
verein

tag
vagen
verkauft
he 22 11.

meiner
er er-
Allen

der.

nicht will, muß er auch das Mittel der Reichstagsauflösung aus seinen Berechnungen ausschalten.

Hardings Völkerverbund.

Der Weltfriedensgerichtshof.

Nach einer Meldung aus Washington ist dort jetzt bekannt geworden, daß der Vorkämpfer der Vereinigten Staaten in London Harveij in großen Zügen den Hardingschen Plan für einen neuen Völkerverbund besitze, der dazu bestimmt ist, den gegenwärtigen Völkerverbund zu ersetzen. Harveij sei auch bereits ermächtigt, den Hardingschen Plan den Vertretern fremder Regierungen zugleich mit den Bedingungen, die Amerika für einen offiziellen Schritt in dieser Angelegenheit stellt, bekannt zu geben. Dem Hardingschen Völkerverbund liege im allgemeinen der Plan der Haager Konferenzen zugrunde. Er betone die Idee eines Weltfriedensgerichtshofes, vor dem Streitigkeiten in Übereinstimmung mit dem internationalen Recht verhandelt und entschieden werden, während Zwangsmaßnahmen ausgeschlossen sein sollten. Harveij habe Anweisung erhalten, den Wunsch seiner Regierung darzulegen, daß die interessierten Mächte im Voraus sich äußerten. Als Zeichen eines aufrichtigen Wunsches für das Zustandekommen des neuen Völkerverbundes werde zunächst die Anerkennung der amerikanischen Rechte mit Rücksicht auf die bis jetzt bereits getroffenen Entscheidungen betrachtet.

Wirth und das Ultimatum.

Politik der Erfüllung.

Reichskanzler Dr. Wirth erklärte in einer Unterredung mit einem Pressevertreter, warum er sich zum Jawort beim Ultimatum bekannt habe. Es sei die Sorge um das Deutsche Reich gewesen, um die deutsche Arbeit und die deutsche Industrie, die Sorge um das ganze deutsche Volk und die Sorge um die ganze deutsche Zukunft. Wenn wir im Kriege das Leben und die Gesundheit von Millionen nicht schonen, wenn wir einen sehr großen Teil unseres ganzen Volkvermögens brannten, um unser Vaterland vom Feinde freizubekommen, um wieviel mehr müssen wir in der Gegenwart Selbstleistungen auf uns nehmen, wenn wir dadurch deutsches Land und deutsche Freiheit retten können. Im Krieg kostete ein Monat einige Goldmillarden, also ungefähr so viel, wie die festen Goldbannnotizen, die wir jährlich zu zahlen haben. Ich bin der vollen Überzeugung, daß in jener kritischen Stunde, da das Ja oder Nein entschieden werden mußte, die Reichseinheit auf dem Spiele gestanden hat und daß entschieden wurde um die ganze Zukunft des deutschen Volkes. Darum müssen wir Cyber an Gut bringen, damit wir das Höchste uns erhalten können, unser Vaterland. ... Ich habe immer die Überzeugung in der Politik geübt, daß die Richtung der Politik scheitern muß, die meint, daß man durch dauerndes Hinhalten und Ausweichen und durch das Bedingungsstellen und Anstehen ankommenlassen der Dinge die Lage verbessern könne. Einmal mußte ja gesagt werden, entweder von der Gegenseite oder aus unserer Seite.

Der Reichskanzler wies zum Schluß darauf hin, daß eine Sabotage irgend einer Leistung und in Deutschland vor die schwersten innerpolitischen und außenpolitischen Konflikte stellen würde.

Aufhebung der Zollsanktionen.

Vorausichtlich am 6. Juni.

Nach Mitteilungen von englischen Stellen sieht die Aufhebung der Zollsanktionen im Rheinlande bis spätestens 6. Juni in Aussicht. Einige Tage vorher wird die Räumung der Städte Duisburg, Düsseldorf und Aachen durch die Besatzungstruppen angeordnet werden. Die englischen Vertreter der internationalen Kommission in Deutschland sind aufgefordert worden, Bericht darüber zu erstatten, in welcher Form die gegen Deutschland angewandten Zwangsmaßnahmen jetzt wieder abgebaut werden können. Dabei sollen in erster Hinsicht solche Maßnahmen in Betracht kommen, die dem internationalen Handel und Verkehr Schwierigkeiten bereiten. Gleichzeitig sollen die englischen Militärjagdverbände darüber berichten, in welchem Umfang eine Verabreichung der Besatzungsarmee im Rheinland möglich ist. Der Umfang der besetzten Zone soll zwar nicht verringert werden, doch erwartet man die Stärke der Truppen für zu hoch angesehen der Tatsache, daß Deutschland das Ultimatum unterzeichnet hat und Verteidigungen nicht mehr zu erwarten sind. Da die Errichtung der Zollsanktionen am Rhein bisher nicht einmal die Kosten der Beamtengehälter eingeträgt hat, ist man in England auf die Beibehaltung dieser Maßnahme nicht gut zu sprechen.

Was wird aus Oberschlesien?

Reichspräsident Ebert verbietet die Freikorps.

Es scheint sich zu bestätigen, daß englische Truppen in Oberschlesien vorläufig die öffentliche Ordnung wiederherstellen sollen. Das englisch-österreichische Organ in Köln, die „Cologne Post“, teilt mit, die englische Regierung habe Montag beschlossen, in Übereinstimmung mit der französischen Regierung britische Truppen nach Oberschlesien zu entsenden, die bei der Aufrechterhaltung der Ordnung in den unruhigen Bezirken helfen sollen. Die für diese Aufgabe bestimmten Truppen sind vier Bataillone der Rheinarmee. Diese Bataillone werden durch französische Truppen ersetzt werden. Frankreich dürfe auch Truppen nach Oberschlesien entsenden, um die dortige Garnison zu verstärken. Englische Blätter sagen, die Alliierten hätten dafür zu sorgen, daß ein deutsch-polnischer Krieg vermieden werde. Sie dürften daher nicht warten, bis die Bewegung in Oberschlesien sich so weit ausdehnt. Es sei jetzt nicht mehr zu zweifeln, daß beide Regierungen, die deutsche und die polnische, bezüglich der Schließung der Grenze in gutem Glauben handeln, aber wohl nicht die genügende Kontrolle über die lokalen Behörden besäßen, um dieses Ziel zu erreichen. Der einzig mögliche Weg sei daher eine dauernde Aufsicht der Alliierten.

Französische Druckmittel.

In Paris hält man natürlich an der Seite fest, die Schuld an den entstandenen Wirren Deutschland zuschieben. Obwohl man gut genug über die polnische Verantwortung unterrichtet sein könnte, stellt man sich blind und taub, bleibt bei der Verbildung der Korfantj-Anhänger und läßt Drohungen nach Berlin schwirren.

Ministerpräsident Briand hatte im Auswärtigen Amt eine Besprechung mit dem deutschen Botschafter Dr. Mayer, in der, wie Havas erklärt, Briand Dr. Mayer ersucht haben soll, die deutsche Regierung aufzufordern, auf jeden Versuch eines Angriffs in Oberschlesien zu verzichten, wenn

er sich nicht Vergeltungsmaßnahmen von Seiten der Alliierten aussetzen wolle.

Gleichzeitig erschöpfen sich die Pressemeldungen neuerdings in Verbeugungen vor London, wo angeblich die englische Regierung den deutschen Botschafter Schamer in gleichem Sinne wie Dr. Mayer unterrichtet habe. Entsprechende Noten seien beiden Botschaftern übergeben worden. Offensichtlich will Briand um jeden Preis vermeiden, den in der oberschlesischen Frage zwischen England und Frankreich bestehenden Konflikt allzu öffentlich werden zu lassen.

Verbot der Bildung von Freikorps.

Um eine Handhabe gegen die Bildung von Freikorps in Oberschlesien zu haben, hat der Reichspräsident auf Antrag des Reichsministeriums folgende Verfügung erlassen: „Verordnung des Reichspräsidenten über das Verbot des Deutschen Reiches verordnet nach Art. 48 des Grundgesetzes vom 24. Mai 1921:

Auf Grund des Artikels 48 der Verfassung des Deutschen Reiches verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet folgendes: § 1. Wer es unternimmt, ohne Genehmigung der zuständigen Dienststellen Personen zu Verbänden militärischer Art zusammenzuschließen oder wer an solchen Verbänden teilnimmt, wird mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mark oder Gefängnis bestraft. § 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Jede Art der Geldunterstützung solcher Unternehmungen ist strafbar, ebenso die Werbung und die Aufnahme von Werbeinsatzen in der Presse. Die Verordnung bezieht sich auf das ganze Reich mit Ausnahme des Abstammungsgebietes selbst, in dem die Verwaltung des Alliierten zuseht, denen auch die Regelung des Selbstschutzes dort unterliegt.

Spernung der Grenze.

Die polizeilichen Maßnahmen zur Sperrung der oberschlesischen Grenze sind durchgeführt. Die Grenze ist gesperrt. Das preussische Ministerium des Innern entsand neun Hundertschaften Schutzpolizei an die Grenze, welche den Eintritt von Bewaffneten aus Deutschland hindern und aus Oberschlesien zurückführende Bewaffnete entwaffnen sollen.

Englische Wünsche.

Wie von mehreren Seiten aus dem Auslande gemeldet wird, hat der englische Gesandte in Berlin, Lord d'Abernon, das Ersuchen an die deutsche Regierung gerichtet, sie möge die Reichsbank veranlassen, sofort die Beträge nach Oberschlesien zu senden, die nötig sind, um die Bergarbeiter der Industriezone abzulohnen. Gleichzeitig möge die deutsche Regierung dafür sorgen, daß das deutsche Eisenbahnpersonal in Oberschlesien seine Lebensmittellieferungen mehr anhalte, die für das Aufstandsgebiet nötig sind. Die Kritik sagt dazu, der englische Standpunkt sei, daß zwei Unrechte nicht ein Recht ergeben, und daß die Deutschen unklug handeln, wenn sie ihren Gegnern eine irgendwie geartete Waffe in die Hand geben. Die Gehälter müßten gezahlt werden, und die Lebensmittel müßten ihr Ziel erreichen. Aber — die Alliierten müßten die Ordnung aufrechterhalten. Die Deutschen müßten geschäftig, das Resultat der Abstimmung geachtet werden. Je weniger die Deutschen selbst Unrecht begingen, desto leichter machten sie es dem Teil der Alliierten, die für Recht und Gerechtigkeit eintraten. In dieser Beziehung erwartet man viel von der Ankunft der englischen Truppen in Oberschlesien.

Erlassen in London.

Wie das offiziöse englische Bureau „Reuter“ erzählt, sprechen maßgebende Kreise in London ihr Erlassen aus über die Wiedergabe, die französische Regierung habe gefordert, daß in Berlin ein neuer Schritt unternommen werde, um die deutsche Regierung aufzufordern, den Einmarsch von Freiwilligen nach Schlesien zu verhindern. Der britische Botschafter in Berlin habe sich in dieser Frage schon verschiedene Male mit vollem Erfolg an die deutsche Regierung gewandt. Am 19. Mai habe die deutsche Regierung einen Aufruf erlassen, in dem sie die Rekrutierung von Freiwilligen für den Kampf in Oberschlesien unter Androhung strenger Strafen verbietet. Jetzt habe sie in der gleichen Frage eine entsprechende Antwort auf die Note der Interalliierten Militär-Kontrollkommission vom 14. Mai erteilt. Reuter gibt diese Antwort wieder und fährt dann fort: Es ist unnötig zu sagen, daß man in London genau so gut wie in Paris der Meinung ist, das unermessliche Einbringen von Freiwilligen in das schlesische Abstammungsgebiet sollte durchaus verhindert und das schlechte Beispiel Korfantj sollte von den Deutschen nicht nachgeahmt werden.

Korfantj will nicht weichen.

Aus Beuthen meldet das Blatt „Niezpospolita“ in Warschau, die Behauptungen der deutschen Zeitungen, daß Korfantj und die übrigen Führer des Aufstandes beschloßen haben, die Aufstandsarmee zu liquidieren, sei unrichtig. Die Aufstandsarmee sei jetzt, nachdem sie ihr militärisches Ziel erreicht hat, nämlich die Besetzung des Gebietes, das unbestreitbar von einer polnischen Mehrheit bewohnt ist, dazu übergegangen, die ganze Zivilverwaltung in diesem Gebiete auszubauen. Wenn auch die Aufständischen nicht mehr angreifen würden, um ihren Besitzstand zu vergrößern, würden sie doch nicht die Waffen niederlegen, bis die Grenze in Oberschlesien festgelegt ist, und bis in Oberschlesien reguläre polnische Truppen eingerückt seien.

Weitere polnische Tendenzmeldungen, Reichswehrsoldaten hätten in voller Uniform an den Kämpfen in Oberschlesien teilgenommen, sind natürlich falsch. In Oberschlesien befindet sich kein einziger Reichswehrsoldat. An der Nordgrenze des Kreises Kreuzburg gegenüber Reinersdorf-Roskau sind auf polnischem Gebiet starke polnische Bandenansammlungen beobachtet worden. Die beständigen Zusammenstöße im Kreise Kolberg dauern an. Auf Seiten der Aufständischen griff ein auf der Bahnlinie Kreuzburg-Jambowitz fahrender Panzerzug in den Kampf ein. Dort, wo die Polen bisher gehaltenes Gebiet räumen mußten, wurden die Dörfer von ihnen geplündert. In der Gegend von Landsberg und Altrosenberg ist sämtliches Vieh weggetrieben worden. Die Einwohner wurden mißhandelt. Aus Dupine und Roselwitz wurden deutsch-ackmante Oberschlesier über die Grenze geschleppt. Im Kreise Ratibor gelang es den Polen anlässlich eines Vorstoßes, Angehörige des örtlichen Selbstschutzes (sich) Nowakowski Gebiet zu drängen. Die deutschen Verteidiger sind dem Vernehmen nach entwaffnet worden.

Politische Rundschau.

Ein deutsch-chinesischer Vertrag.

Am 20. Mai ist in Peking ein deutsch-chinesischer Ver-

trag unterschrieben worden, der als Grundlage für einen besonderen Friedensvertrag zwischen beiden Ländern dienen soll. Wie bekannt, hat sich China seinerzeit gewarigert, den Vertrag von Versailles zu unterzeichnen. Die Abwehrlust macht offiziell dem Krieg zwischen beiden Ländern ein Ende. Sie stellt die Handelsbeziehungen nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit wieder her und bestimmt, daß Deutschland alle Verpflichtungen auf sich nimmt, die für dieses Land aus dem Verträge von Versailles gegen China entstanden sind. Ihrerseits wird die chinesische Regierung den Verkauf der mit Beschlag belegten deutschen Besitztümer nicht weiterführen, den Ertrag der bereits verkauften zurückzahlen und die Bestimmungen betreffs des Handels mit dem Feinde aufheben.

Ferien des Reichswirtschaftsrates.

Für die Zeit von Mitte Juli bis Ende August sollen gemäß Vereinbarung zwischen dem Präsidenten und dem erweiterten Vorstand Sitzungsferien des Reichswirtschaftsrates eintreten. In dieser Zeit sollen nur dringende Angelegenheiten, die keinen Aufschub dulden, behandelt werden.

Eine Ehrenerklärung für Kardorf.

Zu dem „Fall“ Kardorf hat der Landesverband Halle-Merseburg der Deutschen Volkspartei in folgender Entschliessung Stellung genommen: „Der Gesamtvorstand des Landesverbandes Halle-Merseburg der Deutschen Volkspartei stimmt mit der Haltung der Reichstagsfraktion bezüglich der Ablehnung des Ultimatus durchaus überein, würdigt jedoch auch die Gründe, die den Abgeordneten v. Kardorf bewegt haben, das Ultimatum anzunehmen. Der Vorstand verurteilt die bekannte Entschliessung der Zeiger Ortsgruppe gegen Herrn v. Kardorf, die dem Abgeordneten die Wiederlegung seines Mandats nahegelegt hatte, weil sie erfolgt war, ohne daß Herrn v. Kardorf Gelegenheit zur Rechtfertigung gegeben worden war.“

Bürgerlicher Sieg in Sangerhausen.

In dem wiederholt von Putschern heimgesuchten Sangerhausen, wo die Kommunisten mit 18 gegen 12 Mandate die Mehrheit hatten, gewonnen bei den Stadtverordnetenwahlen die vereinigten bürgerlichen Parteien einen entscheidenden Sieg. Sie erhielten 17 Mandate, 5 die Rechtssozialdemokratie und 8 die sogenannte Gewerkschaftsliste.

Bayern entwaffnet.

Der bayerische Ministerpräsident wird, wie aus München gemeldet wird, in der Lage sein, dem nächsten bayerischen Ministerrat die Mitteilung zu machen, daß die Organe der Einwohnerwehr auf einen formellen Akt der Regierung v. Rohr sich loyal in dem Dienst der durch Deutschlands Zwangslage gebotenen Maßnahmen stellen und alles tun werden, um Reibungen zu glätten und etwa drohende Erregungen zu beschwichtigen.

Die französischen Kolonialtruppen in Deutschland.

Die München-Augsburger Abendzeitung gibt folgende Zusammenstellung über die schwarzen Truppen in der Pfalz: Neustadt an der Saar 600 Mann Rabagassen, 50 Namiten, Ludwigshafen 800 Mann Rabagassen, Speyer 400 Mann Rabagassen, Zweibrücken 550 Mann Rabagassen, Landau 400 Rabagassen, 50 Namiten.

Italien.

Erste Warnung an Frankreich. Des Ministerpräsidenten Giolitti Blatt, die Turiner „Stampa“, schreibt in auffälliger Stelle: „Italien verlange von Frankreich, daß es ein für allemal auf den Plan der europäischen Vorkriegs-Vergleichsweise verzichte, auch sei es für Frankreich am Platze, eine Einigung mit Deutschland anzustreben und in der Wiederherstellung der Ordnung möglichst Maß zu halten, sonst gäbe es das Interesse Italiens, die Politik Englands zu unterstützen.“

Deutsch-Österreich.

Die Anschlußabstimmung eine Privataktion. Die nachdrückliche Stellungnahme der kleinen Entente gegen die Salzburger Anschlußabstimmung hat den österreichischen Bundeskanzler veranlaßt, neuerlich den Standpunkt der Regierung zur Anschlußbewegung zu präzisieren. Der Bundeskanzler hat an den Chef der Salzburger Landesregierung unter Berufung auf Artikel 103 der Verfassung die strenge Weisung gerichtet, daß es unbedingt notwendig sei, den Charakter der Anschlußbewegung als eine reine Privatveranstaltung zu wahren. Es sind alle amtlichen Organe angewiesen worden, daß jede mittelbare oder unmittelbare Unterstützung der Anschlußabstimmung zu unterbleiben hat.

Großbritannien.

× Serbisch-englische Verbindung. Blättermeldungen zufolge ist Prinzregent Alexander von Serbien soeben von Belgrad nach London abgereist, wo er sich mit der Prinzessin Mary, Tochter des englischen Königsgepaars, verloben soll. Die Verbindung würde natürlich erhebliche politische Bedeutung haben, sie würde den Südslawenstaat (und in der Folge Teile der kleinen Entente) aus dem französischen Sprachraum in das englische bringen. Tatsächlich ist auch die Vorkriegspropaganda für den Zusammenschluß der Südslawen ganz von Engländern (Selon-Watson, Stead usw.) geleitet worden. Womit ist es immerhin, daran zu erinnern, daß ganz England den Kaiser des Brautigams als „Weichelmörder“ bezeichnet und jeden Verkehr mit ihm ablehnt!

Belgien.

× Fortgesetztes Anwachsen des Heeres. Der belgische Kriegsminister hat der Presse einen Bericht über die Heeresausgaben und die Stärke der Armee übergeben. Daraus geht hervor, daß die Zahl der Offiziere seit 1914 von 4000 auf 5348 angewachsen ist. Die Zahl der Mannschaften ist von 59 654 auf 114 725 gestiegen. Die Ausgaben für das Heer betragen in diesem Jahre nahezu 1100 Millionen Franken.

Aus In- und Ausland.

Halle a. S. Vertreter von Bergarbeitern aus den verschiedenen Bergbezirken Deutschlands haben einen nationalen Bergarbeiterverband gegründet und zum 15. Juni eine Reichstagsaktion nationaler Bergarbeiter nach Halle einberufen.

Paris. Nach einer Depesche aus Rom werden die Opfer in den Spitälern von Alexandria mit 23 Toten und 130 Verwundeten angegeben.

Paris. Wie Havas aus Athen meldet, wird dort die Nachricht von einer dem griechischen Heere in den letzten Tagen zugefügten Niederlage bemerkt.

London. Wie aus Washington gemeldet wird, sind maßgebende Kreise der Ansicht, daß sich die Lage mit Bezug auf den Streit um Hay betrübend entwickelt, und daß man der Regelung dieser Frage näher rückt.

Sichtlich der noch vielfach Unklarheiten, die sich bei der 10. Pfg. befürderte in möglichen Druckarbeiten. Die für 10 Pfg. beiliegende Aufträge sind nach § 6, X lediglich die handliche Abfertigung der Postordnung zulässig anbringen will, muß sachgemäß, also mit machbaren Druckkosten versehen sein von der Die höchstzulässige „Postkarte“ sollen für den Druck keine unzulässige Karten, Doppelnicht zugelassen.

Ein gleicher Umstand. Anschließliche fenders und des G oder Gänderungen e Druckkostenkarten e ten Gebühr von 10 Vorderseite Größe mit höchstens 5 Wort Druckabgabegühr 1 Worte oder nicht a andere Angaben gemacht, so unterliegt Karten.

Besonders betonen bestehende Aufträge beliebigen In n. Solche Karten n belegt.

Sächsischer

Connenaufragung Connenuntergang 1521. Der Oberw. Lubert v. Buxen. Republik Orotom.

— Eine auberg Besucher der M h Garienkonzer ausgeführt, ein velleich mit Fe Ein großzügiges U finden wird. Bel einen wunderbaren

† Verteilung Jahre stellt die Reich Kopf der Bevölkerung Verteilung komm.

karle Reihe 21, die zwei Pfund in der U 3. Juni bis 23. 3 Stammkarte, der A Stabenabkmit U aus die bezeichnen beid und nachungemäß ih, Verbrauchern im el Stammkarte mit der vollständigen Ablauf

Verwahrung zu be

† Keine Vef richts aus den

berkömmlich einen Un richtiges aus der Schu mehrheit angenomme Antrag an die Reich diefer an Schreiben des Innern erläßt, Reichsregierung abge

Geäu

Beleihen der g Ein kurzer, nat

streckt zusammenla aus, eine plözlich schwarzen Wolken noch nicht verhaßt, der in der offenen T

„Was willst Du Schreien, der ihu

„Ich werde es U derte Ferdinand in Paul gab dem T er an den Tisch, set Was hätte.

„Das Unwetter sagte er mit gepreht ich Dir ein Glas B

„Wo ist Doro V schwer auf einen S

„Dora“ antwo

„Seltsame Frage! E

„Du hast sie nich

„Neine Fragen b

„Vergeiß, Doro

„Soll ich das die Baron auf. „E und gestren nicht ge

„Bekanntlich Du f

„Auch das, wenn

„Ich muß es v

in der letzten Zeit

Drucksachenkarten.

Sichtlich der Bestimmungen über Drucksachenkarten herrscht noch vielfach Unklarheit. Man muß unterscheiden zwischen Drucksachenkarten, die zu der besonders ermäßigten Gebühr von 10 Pfg. befördert werden, und Drucksachenkarten, die zu der gewöhnlichen Drucksachengebühr von 15 Pfg. befördert werden. Die für 10 Pfg. beförderten Karten dürfen keine handschriftlichen Zusätze tragen, auch nicht die, welche sonst bei Drucksachen laut § 8, X der Postordnung gestattet sind. Zulässig ist lediglich die handschriftliche Angabe des Absenders und des Absendungsdatums. Wer außerdem die nach § 8, X der Postordnung zulässigen handschriftlichen Zusätze und Änderungen anbringen will, muß die Karte nach dem gewöhnlichen Drucksachentarif, also mit 15 Pfg., freimachen. Die mit 10 Pfg. freigemachten Drucksachenkarten dürfen in Form und Papierstärke nicht wesentlich von den amtlich ausgegebenen Postkarten abweichen. Die höchstzulässige Größe beträgt 15,7:10,7 cm. Die Aufschrift „Postkarte“ sollen sie nicht tragen. Mit den Drucksachenkarten dürfen keine Antwortkarten verbunden sein. Zwei- oder mehrseitige Karten, Doppelkarten oder irgendeine gefaltete Karte sind nicht zugelassen.

Ein gleicher Unterschied ist bei den Ansichtskarten zu machen. Ansichtskarten, die, abgesehen von der Angabe des Absenders und des Absendungsdatums, keinerlei handschriftliche Zusätze oder Änderungen enthalten und auch sonst den Bestimmungen über Drucksachenkarten entsprechen, werden zu der besonders ermäßigten Gebühr von 10 Pfg. befördert. Ansichtskarten, die auf der Vorderseite Größe oder ähnliche Höflichkeitssprüche mit höchstens 5 Worten enthalten, werden zu der gewöhnlichen Drucksachengebühr von 15 Pfg. befördert; sind die erlaubten 5 Worte aber nicht auf der Vorderseite angebracht oder sind andere Angaben als Größe oder ähnliche Höflichkeitssprüche gemacht, so unterliegen die Ansichtskarten der Gebühr für Postkarten.

Besonders betont werden muß noch, daß die in weiten Kreisen bestehende Auffassung, auf Drucksachen dürften allgemein 5 Worte beliebigen Inhalts handschriftlich angegeben werden, irrig ist. Solche Karten werden von der Post mit einer Nachgebühr belegt.

Sächsische und lokale Mitteilungen.

Hannhof, den 26. Mai 1921.

Werkstatt für den 25. Mai.
Eonnenaufgang 8⁵² | Ronbauaufgang 11²¹ R
Eonnenuntergang 8⁵² | Ronbauuntergang 7⁵² R
1821 Kubler wird in die Reichsacht getan. — 1849 Kaiser Subert v. Derkome erb. — 1918 Bildung der selbständigen Republik Oesterreich.

Eine außergewöhnliche schöne Veranstaltung wartet dem Besucher der Mühle Lindhardt heute Abend. — Großes Gartenkonzert von der geliebten Blom'schen Kapelle ausgeführt, ein venezianischer Abend auf dem Gondelleich mit Feuerwerk und darauffolgendem Ball. Ein großartiges Unternehmen, das jedenfalls viel Anklang finden wird. Bei der milden Witterung werden die Gäste einen wundervollen Matenabend erleben.

Verteilung von Einmachzucker. In diesem Jahre stellt die Reichszuckerstelle drei Pfund Einmachzucker je Kopf der Bevölkerung zur Verfügung, der in zwei Raten zur Verteilung kommt. Die Verteilung erfolgt auf die neue Zuckerkarte Reihe 21, die zur Zeit ausgegeben wird und zwar werden zwei Pfund in der Laufzeit des ersten Pfundabschnittes (vom 1. Juni bis 23. Juni) auf den Buchstabenabschnitt T der Stammkarte, der Rest voraussichtlich im August auf den Buchstabenabschnitt U ausgegeben. Da der Einmachzucker nur auf die bezeichneten beiden Buchstabenabschnitte ausgehändigt wird und noch ungenutzt ist, wenn die zweite Ausgabezeit eintritt, wird den Verbrauchern im eigenen Interesse dringend empfohlen, die Stammkarte mit den Buchstabenabschnitten T und U bis zum vollständigen Ablauf der Zuckerkarte Reihe 21 in eigener scharfer Verwahrung zu behalten.

Keine Vereinfachung des Religionsunterrichts aus den Schulen. Der sächsische Landtag hatte bekanntlich einen Antrag auf Vereinfachung des Religionsunterrichts aus der Schule mit der sozialdemokratischen Stimmenmehrheit angenommen. Die sächsische Regierung hatte diesen Antrag an die Reichsregierung weitergegeben. Jetzt ist von dieser ein Schreiben eingegangen, nach dem der Reichsminister des Innern erklärt, daß ein solcher Gesetzentwurf von der Reichsregierung abgelehnt würde; auch im Reichstag und im

Reichsrat sei dafür keine Mehrheit zu finden. Aus diesem Grunde könne er dem Antrag Sachsens nicht entsprechen.

Die Regierung warnt vor wilden Spekulationen bei Obstpflanzungen. Nach kaum beendeter Baumblüte sei in gewissen Kreisen eine wilde Spekulation mit Obstpflanzungen ein. Ohne Rücksicht darauf, daß bis zur Ernte Umstände eintreten können, die, wenn nicht zur völligen Mißernte, so doch zu einer Minderernte führen, werden oft Gebote gemacht, die für die Pflanzenden empfindliche Verluste bringen oder aber das Obst unverantwortlich verteuern. Nicht selten lassen sich gewisse Erzeuger durch solche Angebote verleiten oder stellen Forderungen, die in keiner Weise durch die wirklichen Gesetzkosten gerechtfertigt sind. Das Landespreiskomitee warnt vor solchen unläuterer Machenschaften. Ein Ausschuh von Fachmännern unterstützt das Amt der Prüfung unläuterer Fälle. Nach Aufhebung der Zwangswirtschaft bietet die Preistreiberverordnung auch weiterhin die Handhabe zur strafrechtlichen Verfolgung wucherischer Uebergriffe.

Garten-Inhaber! Seht eure Stachelbeerstauden nach! In den letzten Tagen hat eine Anzahl Garteninhaber die wenig erfreuliche Entdeckung machen müssen, daß ihre Stachelbeer-Stauden auch in diesem Jahre von großen Massen Raupen befallen sind. Wer sich also vor Schäden bewahren will, wird gut tun, sofort die Beerensträucher nachzusehen und die Vertilgung der gefräßigen Raupen mit allen Mitteln zu betreiben. Das sicherste Mittel zur Vertilgung besteht im Ablesen. — Die Johannisbeersträucher sind teilweise sehr stark mit Käufen befallen, deren Vernichtung ebenfalls vorgenommen werden muß.

Um später den Rohwiesling fernzuhalten, der so gern seine Eier unter Korbblütlern ablegt, mache man in den Korbblütlern eine Zwischenkast von Hanf. Einige Körner in den Zwischenfalten genügen vollkommen.

Sellerie als Zwischenfrucht. In der Erfurter Gegend, wo bekanntlich viel Fröh-Blumenkohl angebaut wird, pflanzt man vielfach Sellerie als Zwischenfrucht und hat so doppelte Vorteile. Nach Uebermung des Blumenkohls bleibt der Sellerie stehen, der sich bis zum Herbst sehr gut entwickelt.

Apothekenwesen in Sachsen. Zu Beginn des Jahres 1920 waren im Freistaat Sachsen insgesamt 376 Apotheken vorhanden, davon 291 in Städten und 85 in Landgemeinden. In Leipzig zählte man 51, in Dresden 47, in Chemnitz 25, in Plauen 8 und in Zwickau 6 Apotheken.

Infolge Anwendung der unorthodoxen Abkürzung „Ostr.“ für „Ostriesland“ und undeutlicher Schrift werden zahlreiche Postsendungen, insbesondere Pakete, nach Ostpreußen fehlgeleitet. Zur Vermeidung der damit verbundenen Verzögerung wird dringend empfohlen, in der Aufschrift der Postsendungen diese Abkürzung nicht anzuwenden.

Zu der sehr oft aufgeworfenen Frage, wer verpflichtet ist, Wäcker zu führen, wird uns von sachkundiger Seite geschrieben: Die Buchführungspflicht besteht in allen Fällen, in denen sie durch Gesetz oder Vorschriften der Behörden vorgeschrieben ist. So sind z. B. gesetzlich dazu verpflichtet, Kaufleute im Sinne des § 1 des Handelsgesetzbuches, Aktiengesellschaften, Gesellschaften m. b. H., Genossenschaften, Versicherungsunternehmen und durch Vorschriften der Behörden z. B. Erdbeihändler, Viehhändler, Grundstücksagenten, Rechtskonsulenten, Sekretäre, Stellenvermittler, Auktionaloren usw. Neuerdings ist durch die Reichsabgabenordnung im § 164 vorgegeben, daß auch diejenigen, die nicht verpflichtet sind, Wäcker zu führen, ihre Einnahmen fortlaufend aufzeichnen sollen, wenn sie ein Einkommen von mehr als 10000 Mk. versteuern; verpflichtet sind sie dazu also nicht, insofern wird es in ihrem eigenen Interesse liegen, Wäcker zu führen, da sie ihnen wertvolles Beweismaterial zur Wahrung etwaiger Ansprüche schaffen.

Hochzeit im früheren sächsischen Königshaus. Wie aus Dresden gemeldet wird, fand am Mittwoch, den 25. Mai, an dem Tage, an dem Erzherzog Friedrich August sein 56. Lebensjahr vollendet, in Sibyllenor die Trauung der zweiten Tochter, Prinzessin Maria Alig, mit dem Prinzen Franz Josef von Hohenzollern statt.

Eine sinnvolle Gartenschiff. Der Besitzer eines schönen Gartens, der den wundervollen Blumenstempel

Anlagen Naturfreunden bereitwillig zugänglich machte, suchte das gefährliche Abpfücken dadurch zu verhindern, daß er über der Gartenpforte in großen Buchstaben eine ebenso zarte wie deutliche Inschrift anbringen ließ, die lautete: „Tausend Augen habe Du, aber keine Hand dazu.“

Ein gerichtliches Nachspiel zur Beschließung des Leipziger Volkshauses. Das Landgericht verurteilte den Bäckerhelfer Psau und den Kassierer des Transportarbeiterverbandes Kunze wegen Unterschlagung zu sieben bzw. fünf Monaten Gefängnis. Sie hatten 20000 Mk. Unterstuhlgelder für Erwerbslose, die vom Städtischen Arbeitsamt überwiesen worden waren und in einem Geldschrank des Vöros des Transportarbeiterverbandes im Volksbause aufbewahrt wurden, herausgenommen und sie im Keller des Psau versteckt. Um den Diebstahl zu verdecken, hatten sie in den Geldschrank eine mit Papier gefüllte Aktentasche gelegt. Es sollte der Ansicht erweckt werden, daß bei dem Einbruch der Beschließung des Volkshauses entwendeten Brande, welcher dem Schranke stark zugelegt hatte, das Geld verbrannt sei.

Der Schulausschuh zu Vorna lehnte einen Antrag der proletarischen Freidenker auf Einführung des Unterrichts in sächsischer Lebenskunde an Stelle des Religionsunterrichts bei Stimmengleichheit durch Entschlußstimme des Vorsitzenden, Bürgermeisters Dr. Lange, ab. Bei 1600 Schulkindern wurde für 64 Kinder dieser Unterricht verlangt.

Leuben. Auf eigenartige Weise ist der beim Bäckermeister Köder hier in Stellung befindliche Gehilfe Alfred Streul aus Oshah ums Leben gekommen. Er hat während der Arbeit einen Schlaganfall erlitten und fiel so unglücklich, daß der Kopf in den Teig des Backtroges zu liegen kam, sodah St. den Erstichungsstob gefunden hat. Der Teig ist selbstverständlich seiner ursprünglichen Bestimmung, nämlich ein Nahrungsmittel für Menschen zu werden, entzogen worden und findet als Viehfutter Verwendung.

Grüna b. Chemnitz. Aus Unbedachtsamkeit in den Tod. Um ihren Eltern einen Schreck einzujagen, nahm die 15jährige Tochter eines hiesigen Einwohners Morpium, das der erkrankte Bruder als Arznei benutzte, zu sich. Die Dosis war aber so stark, daß das Mädchen starb.

Schwarzberg. Die bürgerlichen Stadträte und Stadtverordneten haben sämtlich ihre Ämter niedergelegt. Trotzdem in der Finanzsitzung vereinbart worden war, daß von jeder der Fraktionen ein Vertreter in die Gesellschaftsversammlung der Gasversorgungsgesellschaft Erzgebirge-West zu wählen ist, entfiel bei der Wahl in der gemeinschaftlichen Sitzung nicht eine Stimme der Sozialdemokraten und Kommunisten auf den Vertreter der Bürgerlichen, obwohl diese die stärkste Fraktion der städtischen Körperschaften bilden.

Bernsbach i. Erz. Bei dem vorwöchigen Gewitter wurden zwei Personen vom Blitz erschlagen. Der 31jährige Gutsbesitzersohn Höfer wurde beim Dämmgitterstreuen von dem Unwetter auf freiem Felde betroffen. Er trat sofort den Heimweg an, wobei ein Blitzschlag ihn traf und sofort tötete. Im andern Falle kehrte der beim Stickerausroden mit Frau und Sohn im Walde von dem Gewitter überroht, ebenfalls 31 Jahre alte Klempner Friedrich nach Hause zurück. Sie hatten beinahe schon die ersten Häuser des Ortes erreicht, als ein Blitzschlag alle drei zu Boden warf. Der Anabe blieb unberührt, die Frau war für kurze Zeit betnunnungslos, während der Mann auf der Stelle getötet wurde.

Deisnig. Reicher Kinderlegen. In Ebersbrunn bei Deisnig wurde am 2. Pfingstfesttag dem Richard Seidelschen Ehepaar das zwanzigste Kind geboren.

Thorsdorf i. Erz. Von Eindrehern wurde hier nachts beim Goldwarenhändler Seifert die Schaufensterscheibe zertrümmert und für 12000 Mk. Goldwaren und Uhren gestohlen.

Nah und Fern.

Verzeichnis der Postorte im besetzten Gebiet. Ein Verzeichnis der Postanstalten im besetzten Gebiet wird vom Reichspostministerium vorbereitet. Es wird auch eine Angabe der Postorte enthalten. Das Verzeichnis kann beim

Gefäuschte Hoffnungen.

Roman von Ewald Aug. König. 78

„Befehlen der gnädige Herr noch etwas?“ fragte er. Ein kurzer, knatternder Donnerstschlag ließ die Beiden erschreckt zusammenfahren, das Gewitter brach nun auch hier aus, eine plözlich entzündende Windsturm hatte die schwarzen Wolken zurückgedrückt: das dumpfe Rollen war noch nicht verhallt, als der Blick Pauls auf Ferdinand fiel, der in der offenen Tür stand.

„Was willst Du hier?“ fragte er unter dem Einfluß des Schreckens, der ihn noch immer beherrschte.

„Ich werde es Dir sagen, sobald wir allein sind,“ erwiderte Ferdinand in schiboreer Erregung.

Paul gab dem Diener einen befehlenden Wink, dann trat er an den Tisch, seine Hand zitterte auffallend, als er sein Glas füllte.

„Das Unwetter hat mich unterwegs schon überrascht,“ sagte er mit gewrehter Stimme. „Seh' Dich, Ferdinand, darf ich Dir ein Glas Portwein anbieten?“

„Wo ist Dora?“ fragte Ferdinand heiser, indem er sich schwer auf einen Sessel stützte, dessen Lehne seine Hand umklammert hielt.

„Dora?“ antwortete der Baron Scheinbar unbefangen. „Erlaubt mir Frage! Seit vorgestern habe ich sie nicht mehr gesehen.“

„Du hast sie nicht entführt? Du weicht wirklich nicht, wo sie ist?“ fragte Ferdinand, den fieberglühenden Blick durchdringend auf ihn blickend.

„Deine Fragen beleidigen mich.“

„Vergeiß, Dora hat heute morgen in aller Frühe das Haus verlassen und ist bis jetzt noch nicht zurückgekehrt.“

„Soll ich das für verantwortlich gemacht werden?“ lachte der Baron auf. „Wenn ich Dir erkläre, daß ich Dora heute und gestern nicht gesehen habe, so wirst Du dieser Erklärung hochförmlich Glauben schenken.“

„Bekanntlich Du sie mit Deinem Ehrenwort?“

„Auch das, wenn Du es verlangst!“

„Ich muß es verlangen, denn die Stimmung Doras in der letzten Zeit läßt mich vermuten, daß nicht mehr alles

zwischen Euch so ist, wie es zwischen einem Brautpaar sein soll. Dora hat jeden Ausschluß darüber abgelehnt, wie Du ihn mir geben?“

„Was ist da aufzuklären?“ sagte Paul achselzuckend. „Meine Mitgefühlswünsche bleiben wohl niemandem erspart; Du wirst das auch erfahren. Uebrigens gratuliere ich Dir, Du hast Dich ja verlobt.“

„Danke!“ unterbrach ihn Ferdinand, ohne die Hand anzuhängen, die der Baron ihm bot, „ich bin jetzt nicht in der Stimmung, darüber mit Dir zu reden. Du sprichst von kleinen Mißverständnissen, damit kannst Du mich nicht beruhigen, der Grund liegt tiefer, über keine Bestimmungen würde Dora mit ihrem elastischen Gemüt leicht hinwegkommen. Sag's gerade heraus, willst Du nun den Bruch mit ihr?“

Der Baron schrak vor dem zornigglühenden, drohenden Blick des erregten Fremden, er wagte nicht, Auge in Auge ihm die Wahrheit zu sagen; es war ja nach seiner Absicht noch immer sehr genug, wenn Ferdinand den Bruch erfuhr.

„Nein,“ erwiderte er, „daran denke ich nicht, Du beleidigst mich mit solchen Fragen. Ich habe Dora nur gebeten, Gebuld zu haben, bis es mir gelungen ist, die Zustimmung meines Vaters zu erhalten, darüber kann allerdings noch einige Zeit verstreichen, aber es läßt sich leider nicht ändern, Dora müßte das einsehen.“

„Du weicht also wirklich nicht, wo Dora ist?“

„Nein, Uebrigens sehe ich keinen Grund zur Beunruhigung, Dora wird eine Freundin besucht haben und den Tag über bei ihr geblieben sein.“

„Wo hast Du sie heute mittag auch?“ erwiderte Ferdinand, „aber als ich am Abend nach Hause kam, hatte sie noch immer nichts von sich hören lassen.“

„Wirklich hat sie eine kurze Reife angetreten.“

„Wo hin?“

„Wie kann ich das wissen?“ antwortete der Baron, der nun auch unruhig wurde. „Es läßt sich ihr wahrhaftig ähnlich, wenn sie nach Lindenwalde gereist wäre, um mit meinem Vater zu sprechen. Sie wird dadurch alles verberben.“

„Ist das die einzige Erklärung, die Du mir geben kannst?“ fragte Ferdinand mit scharfer Betonung, indem er seinen Fuß

von dem Sessel nahm, auf den er noch immer sich stützte.

„Ich weiß nicht, was zwischen Euch beiden vorgefallen ist, aber ich lasse mir nicht ausreden, daß es eine sehr ernste Differenz sein muß; Du tätest wirklich besser, mir die volle Wahrheit zu sagen.“

„Ich kann die Antwort, die ich Dir gegeben habe, nur wiederholen,“ erwiderte Paul mit einer unwilligen Handbewegung, „Dora muß Gebuld haben, Du wirst mit beiden einen guten Dienst leisten, wenn Du sie von dieser Notwendigkeit überzeugen wollest.“

„So habe ich einstweilen hier nichts mehr zu suchen,“ sagte Ferdinand, „ich werde mit Dora reden, sobald sie heimkommt; so, wie es jetzt ist, kann es nicht länger zwischen Euch bleiben. Gute Nacht.“

Er schritt hinaus, ohne auf eine Antwort zu warten, mit raschen Schritten schlug er den Weg zu seiner Wohnung ein.

Er achtete nicht auf den Regen, der in Strömen niederfiel, die innere Unruhe, der er nicht gebieten konnte, trieb ihn vorwärts.

Die Straßen waren dunkel und menschenleer, um so mehr mußte es ihm auffallen, daß aus der Straße, an der das Haus seines Vaters lag, eine erregte, lärmende Volksmenge ihm entgegenströmte.

Eine ganze Kinnung preßte ihm die Kehle zusammen; es war ihm unmöglich, eine der vorübergehenden Personen anzusprechen und eine Frage an sie zu richten. Seine Schritte beschleunigten, bog er rasch in die Straße ein.

Vor dem Hause seines Vaters standen noch einige Weber und Kinder, die trotz des Regensätze und Fenster anpöckelten, im Vorübergehen hörte er wohl, daß sie miteinander sprachen, aber ihre Worte verstand er nicht.

Fastig trat er ein. Todesstille herrschte im Hause, die Lampe im Flur brannte matt und trüb. Er ging in's Wohnzimmer, hier kam sein Schwager ihm entgegen.

„Dora?“ fragte Ferdinand mit heiserer, angstvoller Stimme.

„Still!“ sagte Friedberg, die Hand auf den Arm seines Schwagers legend. „Onkel Rudolf ist jeden hinaufgegangen; ich glaube zwar nicht, daß wir noch eine Hoffnung hegen dürfen.“

Wohnt bestellbar werden. Es soll gegen Erstattung der Selbstkosten geliefert werden.

Umbau der Feste Koburg. Die Vollendung des vor zehn Jahren begonnenen Umbaus der Feste Koburg war infolge Fehlens von Mitteln in Frage gestellt. Nunmehr hat Bayern die noch fehlende Summe von über 3 Millionen Mark gewährleistet, so daß der endgültigen Fertigstellung nichts mehr im Wege steht.

Schweres Brandunglück. Durch eine Explosion von Pikrinsäure entstand in der Pulverniederlage Westhofen bei Köln ein Brand, der gewaltigen Umfang annahm. Bei den Löscharbeiten wurden acht Feuerwehrleute und zwei Arbeiter schwer verletzt. Die umherliegenden Sprengstücke setzten benachbarte Grassflächen, die infolge der Hitze ausgetrocknet waren, in Brand.

Große Unterschleife sind auf dem Wiener Hauptzollamt entdeckt worden. Waren, die als Transitwaren erklärt wurden und infolgedessen zollfrei durch Österreich gehen sollten, sind in Wirklichkeit mittels gefälschter Dokumente verkauft worden. Wiener Großkaufleute, Exporteure und Beamte des Hauptzollamtes wurden verhaftet.

Valutaschmuggel in Österreich. Die Wiener Polizei verhaftete einen bulgarischen Staatsbürger türkischer Nationalität namens Riffim Presenti, der im Auftrage einer Wiener Gesundheitschefs einen großen Valutaschmuggel für eine auswärtige Gesundheitschefs durchführte. In dem Gepäck Presentis, das die Siegel einer Gesundheitschefs trug, wurden zwölf Millionen österreichische Kronen vorgefunden. Es wurde festgestellt, daß Presenti auch für einen italienischen Staatsbürger Valutaschmuggel durchführte. Die Polizei hat weiter festgestellt, daß der betreffende Gesundheitschefs die Steigerung der Gepäckstücke vorgenommen und dabei an dem großen Schmuggel, der größten Aufsehen erregt, direkt beteiligt ist. Der Gesundheitschefs ist der Vertreter einer auferentpöhlischen Macht.

Das Kriegserholungsheim in Davos. Die Aufrechterhaltung des deutschen Militärsanatoriums in Davos ist gesichert. Eine Anzahl deutscher Banken und Großunternehmungen hat insgesamt 50 000 Mark gezeichnet; weitere Zeichnungen sollen noch in Aussicht stehen.

Der Präsident des schweizerischen Nationalrates verunglückt. Nach einer Fehlfahrt aus Bern ist der Präsident des schweizerischen Nationalrates, Gustav Müller, bei einem Unfall schwer verunglückt. Er hat sich eine schwere Gehirnerschütterung und eine Wirbelsäulenverletzung zugezogen. Die Verletzungen sind lebensgefährlich.

Einfein Gast Lord Salbans. Wie die englischen Wälder melden, wird Professor Einfein während seines Aufenthaltes in London, wo er im Kings College einen Vortrag über die Relativitätstheorie hält, Gast Lord Salbans sein. Lord Salbans, ehemaliger englischer Kriegsminister, wurde vor dem Weltkrieg viel genannt wegen seiner Bemerkungen, erpore Beziehungen zwischen Deutsch-

land und England anzubahnen. Er hat in Göttingen studiert und Schopenhauers „Die Welt als Wille und Vorstellung“ ins Englische übersezt.

Kommunistenverhaftungen. In München wurde die Kontoristin Johanna Ritter festgenommen, die schon lange Zeit für die Kommunistische Partei Deutschlands tätig war, Briefwechsel mit Festungsgefangenen betrieb und während der Unruhen in Mitteldeutschland Rundschreiben der Kommunistischen Partei in München anfertigte, die durch Kurriere nach allen großen Orten Bayerns gebracht wurden. Einer dieser Kurriere war der Schneidermeister und kommunistische Stadtrat Wolfgang Thierauf. Er wurde gleichfalls verhaftet.

Der falsche Gerichtsbescheid. In Buchenberg in Niederbayern hat ein Bauer einem Kleinbauern, der als Knecht arbeitet, aber selbst ein Stück Land mit Vieh besitzt, als falscher Gerichtsbescheid 4500 M. Reichsmarkotpfen und, damit es auch einen Schick hatte, noch 10 M. Ganggebühren abgeschwindelt. Er bemerkte dabei, daß er in acht Tagen die Quittung vom Bezirksamt erhalten werde.

Unwetter in Pommern. In ganz Pommern sind schwere Unwetter niedergegangen, die mit Gewitter, Hagel und wolkenbruchartigem Regen verbunden waren und schweren Schaden angerichtet haben. Mehrere Personen wurden durch Blitzschlag getötet.

Automobilkatastrophe. Bei einem Ausflug der Arbeiterschaft der Firma Schubert in Gundorf bei Teyplitz stürzte infolge Reifens der Reite ein Automobil eine Böschung hinab. Von den 40 Insassen wurden drei getötet und sechszehn schwer verletzt.

Cholera in Rostau. Nach Meldungen Petersburger Blätter soll in Rostau die Cholera herrschen. Die Epidemie habe bereits zahlreiche Opfer gefordert.

Arbeiter und Angestellte.

Breslau. (Streik im niederschlesischen Kohlenrevier.) Im niederdeutschen Kohlenrevier ist plötzlich die Arbeiterschaft in den Streik getreten. Bis her haben die Belegschaften der Riederbermsdorfer, der Glückhills- und der Gottesberger Grube die Arbeit niedergelegt. Auch die Arbeiterschaft der Fürstentsteinergube soll sich der Streikbewegung angeschlossen haben. Es verlautet, daß Lohnstreitigkeiten den Anlaß zum Streik gegeben haben, jedoch herrscht die in gewissen Anzeichen begründete Meinung vor, daß kommunistische Antriebe die Arbeiterschaft in den Streik hineingezogen haben. Die Ruhe und Ordnung ist in dem niederschlesischen Kohlenrevier bisher erhalten geblieben.

Welt und Volkswirtschaft.

Berliner Probantenbörse. Nichtamtlich sind am 24. Mai im Berliner Probantenverkehr folgende Preise ermittelt für 50 Kilogramm ab Station: Speiseerbsen, Victoria 140-145 M., andere Koch- und Futtererbsen 110-130 M., Weisfäden 95-107 M., Aderbohnen 115-120 M., Bohnen 80-90 M., Lupinen, blaue 35-42 M., gelbe 40-60 M., Serradella 50-55 M., keine Saatqualitäten obiger Artikel über Notiz bezahlt, Raps 200-215 M., Weizen 220-240 M., Troden-schnitzel 63-68 M., Steffenschnitzel 88-90 M., vollwertige Juderschnitzel, helle 130-150 M., Rapsstücken 65-75 M., Herbstlieferung 80-85 M., Weizen 130-150 M., Lormelasse (30/70) 45-49 M., Weizen, lose, gesund und trocken 18-20 M., gut, gesund und trocken 22-24 M., Stroh, drabstgepreßtes Weizen- und Roggenstroh 18-20 M., gebündelt 16-17 M., Reis (Preise um 1/4 Ubr), lose, frei Railwaggon Hamburg Bata Mai 123 M., Juni 119 M., Weizen und Galfen dahinlebend 117 M., Mai 113 M., Besatzschne, weiße 38-39-38,50 M., rote 35,50-36,50-36 M., Frühmarkt (amtlich) loco per 50 Kilogramm frei Baggon bestete Weisfäden 112 M., Aderbohnen 120 M.

Weltkohlenproduktion 1920. Jähren der Kohlenproduktion im vergangenen Jahre liegen aus folgenden Ländern vor: den Vereinigten Staaten, England, Deutschland, Frankreich, Holland, Belgien. Die Kohlenförderung der Vereinigten Staaten hat sich im Vergleich zum Jahre 1913 um 68,7 Millionen Tonnen erhöht (517 Millionen Tonnen 1913 gegenüber 586 Millionen Tonnen im Jahre 1920). Demgegenüber betrug die Kohlenproduktion der oben erwähnten fünf europäischen Staaten 530 Millionen Tonnen im Jahre 1913 und 426 Millionen Tonnen im Jahre 1920. Es ist also eine Abnahme von 104 Millionen Tonnen zu verzeichnen. Die fehlende Menge wurde nicht nur durch den amerikanischen Import, sondern durch eine erhöhte Verwendung der Wasserkräfte wettgemacht.

Aus dem Gerichtssaal.

Englische Zeugen vor dem Reichsgericht. In dem Prozeß gegen den ehemaligen Unteroffizier Kemmer, der sich wegen Mißhandlung englischer Kriegsgefangener vor dem Reichsgericht zu verantworten hat, sagten die als Zeugen vernommenen Engländer fast übereinstimmend aus, daß sie, als sie sich weigerten, in der Sache „Friedrich der Große“ bei Herne unter Tage zu arbeiten, von Kemmer selbst oder auf seinen Befehl von den Wachmannschaften durch Hautschläge und Kolbenstöße mißhandelt worden seien. Kemmer soll auch Zeugen, die sich trauf meldeben ärztliche Hilfe verweigert haben.

Kilchennachrichten.

Dom. I. p. Tr. 10 Uhr Gottesdienst. — Abendmahl. — 11 Uhr Abendgottesdienst.

Sommersprossen-weg!

Leidensgefährten teile unentgeltlich mit, auf welche einfache Weise ich meine Sommersprossen gänzlich beseitigte. Frau Elisabeth Ehrlich, Frankfurt a. M. 749, Schließl. 47.

Mühle Lindhardt.

Heute Donnerstag abend von 1/27 Uhr ab
großes Gartenkonzert
mit **Feuerwerk.**
Venedische Nacht auf dem Gondelleich.
Später BALL.

Achtung!

Einheitsverband d. Kriegsbeschädigten und-Hinterbliebenen. Ortsgr. Naunhof
Sonabend, den 28. Mai, abends 8 Uhr
im Restaurant „Bürgergarten“
Mitglieder-Versammlung
Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller ist Pflicht.
Es laßel ein Der Gesamtverband.

Motten-Vulkan

SCHO-MU

verbürgt sichere Vernichtung der Motten selbst Brut überall verwendbar, in Kleiderschränken, in Garderobe-Zimmern, unter Polstermöbeln u. s. w. Wirkung amtlich bestätigt.
Zu haben in allen **Drogerien.**
All. Fabr. Chemische Fabrik Köthen, Köthen-A.

Starke Tomaten-, Gurken-, Sellerie- u. Tabakpflanzen empfiehlt Gärtnerei G. Walther, Erdmannshainerweg.

Ein erster **Violinspieler** für einige Abendstunden gesucht. Werf. Angeb. u. V. V. a. d. Exp.

Sächsischer Militär-Verein
„Kameradschaft“.
Sonabend, den 28. Mai
Monatsversammlung
im goldenen Stern. Es wird um zahlreiche Beteiligung gebeten.
Der Vorstand.

Bienenzüchter-Verein
Naunhof und Umgegend
Sonntag 29. 5. nachm. 4 Uhr
Versammlung
im Rothenburger Erker.
Der Vorstand.

Empfehle Fischwaren:
neue Vollheringe 5 Stk. 3.50
Schotten 5 " 3.-
Bismarckheringe 5 " 4.50
Bratheringe 3 " 5.-
8 Liter-Dose 59.-
neue Kollmüße 5 " 3.50
4 Liter-Dose 28.-
reine Kernseife
50 Gr. Doppelstück 2.50
Achtelkeller, Melanchthonstr. 1.

Als **Klavierstimmer** empfiehlt sich Herm. Jessner, Grinna. Adressen werden in die Exp. ds. Blattes erbeten.

Guterhaltener **Sportwagen** zu verkaufen **Painstraße 2.**

Lichtspiele Naunhof.

Anfang 1/27 Uhr
letztes Programm
1/9 Uhr.
Für Jugendliche verboten!

Heute frischen **Kabeljau** ff. geräucherter Aal empfiehlt Kurt Wendler.

Wannenbäder gibt's jederzeit außer Sonntags. Schloßmühle.

Wer verkauft? Die suchen verkäufliche **Häuser, Villen** mit oder ohne Geschäft **Pensionshäuser, Gasthöfe, Hotels, Fabriken, Ziegeleien, Mühlen, Güter, Landwirtschaften** usw.

zur Unterbreitung an vorgem. Käufer. Angeb. nur v. Besthern. **C. H. Hülsen & Co.** Zweig-Direktion Braunschweig.

6 Stk. flügge Gänse zu verkaufen **Naunhof, Bahnhofstr. 12.**
kleine Gänse 2 bis 3 Stück kauft **L. Gerstner, Naunh., Kurze Str. 2.**

Morgen Freitag, 27. Mai bis Sonntag, 29. Mai
Nur 3 Tage
Das ausserordentlich grosse und spannende Drama
6 Akte Sklaven 6 Akte
fremden Willens!
In den Hauptrollen:
Rich. Eichberg - Lee Parry - Violette Napieraka.
Dieser Film ist vor ausverkauften Häusern gelaufen und hat überall großen Beifall gefunden.
Dazu: **Ein reizendes Lustspiel.**

Arbeiter-Radfahrerverein „Frisk Auf“.
M. d. A. R. B.
Sonabend, den 28. Mai
wichtige Versammlung
im Gasthof zum goldenen Stern.
Bericht vom Gantag in Chemnitz. Gen. Diehe-Vorsdorf.
Die Ortsgruppen Borsdorf, Buscha und Polenz sind anwesend. Es ist die dringende Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen. **D. B.**

Öffentliche Versteigerung!
Wegen Aufgabe meines Malergeschäftes, versteigere ich am **Sonabend, den 28. ds. Mo.** nachm. 2 Uhr, hier im Restaurant „Bürgergarten“ öffentlich meistbietend:

Dlv. Voch- und Wieg-Weitern, Gerüstbänke, Pflöfen, Tapetier-Brell, ca. 55 Kg. Metall-Fußbod.-Dächer, 46 Kg. Mahg. Braun. 35 Kg. Chromgelb u. andere Farben, neue u. gebr. Schablonen, Vorlagen, Tapeten, Schabl. u. Pausen-Papier, Maler-Utensilien, Werkzeuge usw. usw. Außerdem: 1 guter, 2 rdr. Wagen m. Aufsatz (f. Kolonial- oder Packwaren geeignet) 3 Tonnen. 1 Stubenst. 1 Verkaufsbude, Bestellen, Kinder-Bestellen mit Matr., die. Tische u. Arbeitstafeln, Haus- u. Adressen und vieles andere. **Herm. Wendt.**

Heu von der Wiese weg, verkauft **Stiehl** Melanchthonstraße 2.
Starke Ferkel zu verkaufen **Leipzigerstraße 45.**

M
Abrechtsheide
Dieses Bl
Verkehr
Mit Wirt
herigen Vor
und Höchst
einweh aufgehoben
Rationierung und
nissen durch den
Zirkusverband
gegeben.
Zur Sicher
Niedergangzeit m
1. der
einer besonde
nis kann aus
Erlaubnis wird
behörde des
Erlaubnis wird
Milchhandel
hörbe ein Auswe
welchem Orte
händlern, die
betreiben, ist
wels beim
Die erteile
zuzeigen. Die
der Erlaubnis
gelassene sich
dann anzunehm
und Milchzeugn
2. Da unter
Eduglinge, Mi
Befiz der von
Gemeindebeh
treffen, daß
tigen Personen
Personen Vollm
Dabei bürfe
kannmachung
genannten Men
3. Rughalle
Personenverei
Vollmlich zur
auf Welleser
milchmenge zu
dem bisherigen
(Molkereien, S
liefern, sowie
Milchlieferant
gilt der Ort, an
folgt sind.
4. Es ist
1. Vollmlich, M
zur Herstellung
und Abze zu
2. Vollmlich un
Schank- und
zu verabfolgen
3. Sahne in den
Abze und Butte
Abgabe an Ara
licher Besch
4. geschlagene
5. die Verarbeitung
Festgehalt in
Diese Behan
Auf die M
2. bis 7. Juni
1 Da
Die Abschnitte
Gr im a.
Der Begl
In der gef
meinderates
1. Von einer
littes, Frau
25jährigen
2. Das Ges
um Uebertrog